

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, in Form und Festhalten nur morgens. Der Tagespreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postweg ohne Zustellgebühr monatlich 3.— M., bei Zustellung unter Streifenband 4.— M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postzustellungsliste für 1919 eingetragen.
Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Kurt Norden 2805 und 2806.

Inserate kosten die achteckige Nonpareilzeile oder deren Raum 120 M., Wochenzeiger des jetzigen Preises 50 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf., Erwerbungsbeitrag 10 Proz. Bei Familien- u. Vereinsanmeldungen (Nur bei Zusendung post. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition ankommen sein.)
Anzeigen-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19
Fernsprecher: Kurt Norden 2708

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Forderungen der englischen Arbeiter.

Der englische Gewerkschaftskongress für die Sozialisierung.

London, 10. September. (Reuter.)

Auf dem Gewerkschaftskongress in Glasgow wurde die von dem Führer der Bergarbeiter Smillie unterbreitete Entschlieung, in der die Sozialisierung gefordert wird, mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Bergarbeiterkongress in Amerika.

H. N. Haag, 10. September.

Holländisch Neuwobureau meldet aus Cleveland: Für die heute hier beginnende Bergarbeiter-Konferenz werden 2000 Delegierte erwartet. Hauptgegenstand der Beratungen werden die Lohnfragen sein. Die jetzt bestehenden Verträge laufen mit dem Ende des Krieges ab; dies wird von den Arbeitsführern dahin abgeklärt, daß dieser Zeitpunkt eintritt, sobald das Friedensabkommen vom Senat ratifiziert ist. Die Bergarbeiter verlangen einen sechsständigen Arbeitstag, eine fünfjährige Arbeitswoche und eine Lohnerhöhung von 25 bis 40 Prozent.

Drohung mit einem allgemeinen Streik.

Amsterdam, 11. September.

Dem „Telegraaf“ zufolge wird aus New York gemeldet, daß die Bergarbeiterkonvention beschlossen hat, einen am 1. November beginnenden allgemeinen Streik zu empfehlen, falls bis dahin keine Einigung erzielt ist.

Streik der Bostoner Polizei.

H. N. Haag, 11. September.

Holländisch Neuwobureau meldet aus New York: Die Bostoner Polizei ist zur Verteidigung ihrer Organisationsrechte in den Streik getreten. Wahrscheinlich wird der Belagerungszustand verhängt werden. Studenten haben sich zu freiwilligem Polizeidienst gemeldet. Verschiedentlich haben bereits Unruhen und Plünderungen von Läden stattgefunden.

Ein japanisches Dementi.

H. N. Haag, 11. September.

Holländisch Neuwobureau meldet aus Washington: Die japanische Gesandtschaft gibt ein kategorisches Dementi der bolschewistischen Behauptung, daß Kollisch Japan den Vorschlag gemacht habe, ihn zu unterstützen und daß er als Gegenleistung hierfür Japan den nördlichen Teil von Sachalin und Wladiwostok versprochen. Japan sei zu der Hilfe bereit, doch könne von einer Gegenleistung selbstverständlich nicht die Rede sein.

Die japanische Regierung scheint auf einen sehr hohen Grad von Naivität bei der europäischen und amerikanischen Öffentlichkeit zu rechnen, wenn sie annimmt, man werde ihrer Versicherung Glauben schenken, daß sie Kollisch als eine Gegenleistung unterstützen wolle.

Südafrika als Mandatar für die deutschen Kolonien.

H. N. Haag, 11. September.

Die „Times“ erzählt aus Kapstadt, daß am 9. September eine Proklamation veröffentlicht wurde, in der gesagt wird, daß die südafrikanische Union das Mandat über Deutsch-Südafrika übernommen hat. Südafrika hat absolute Vollmacht bezüglich der Verwaltung und Gesetzgebung und hat weiter die Aufgabe, den Sklavenhandel zu unterdrücken und den Handel mit Waffen, Munition und Alkohol zu regeln. Durch Artikel 8 der Proklamation wird die militärische Ausbildung der Eingeborenen für alle anderen als Polizeidienst verboten. Es wird weiter erklärt, daß keinerlei militärische oder maritime Basis der Verteidigungswerke in dem neu erworbenen Mandatar-Gebiet errichtet werden sollen.

Rumänien unterzeichnet den österreichischen Vertrag nicht.

H. N. Haag, 10. September.

Aus Paris wird gemeldet: „Petit Journal“ berichtet, daß die rumänische Delegation heute dem Obersten alliierten Rat eine

Note überreichen wird, in welcher Rumänien die Gründe anzeigt, weshalb es das Friedensabkommen mit Österreich nicht unterzeichnen kann. Diese Weigerung wird hauptsächlich durch die Bestimmung über den Schutz der Minderheiten begründet, weiter aber auch mit dem Hinweis auf die Bestimmungen, welche Rumänien das Recht nehmen, seine Handelsverträge zu regeln und selbst seine Tarife festzustellen.

Generalfreist in Marseille.

Amsterdam, 11. September.

Reuter meldet aus Marseille, daß der Gewerkschaftsverband im Departement Marseille für den 11. September den allgemeinen Streik in sämtlichen Betrieben proklamiert hat.

Streik der Pariser Gemeindeangestellten.

H. N. Haag, 11. September.

Aus Paris wird gemeldet: Die Gemeindeangestellten der Stadt Paris sind in den Streik eingetreten. Fast alle Angestellten beteiligen sich an dem Ausstand. Die Lage ist sehr schwierig. Auch das Personal der Kriegshilfe arbeitet nicht. Die Regierung hat alle notwendigen Schritte unternommen, um dem Streik so bald wie möglich ein Ende zu machen.

Die elsässischen Sozialisten und die Kammerwahlen.

T. U. Genf, 11. September.

Wie dem „Temps“ aus Straßburg gemeldet wird, hat der Sozialistenverband von Interesse am Sonntag mit 16 gegen 14 Stimmen beschlossen, eigene Kandidaturen bei den bevorstehenden Wahlen zur Deputiertenkammer aufzustellen und jedes Zusammengehen mit anderen Parteien abzulehnen. Unter den Kandidaten befanden sich Peirotes, der frühere Minister Abgeordnete Weill und der Gewerkschaftsführer Imbs. Die Versammlung hat eine sehr scharfe Tagesordnung angenommen, in der die französische Willkürherrschaft in Elsaß-Vosgingen betont wird, die der „Temps“ jedoch nur stichweise mitteilt.

Unbotmäßigkeit der Eisernen Division.

L. P. Kopenhagen, 9. September.

Die Eisernen Division weigert sich, laut Zeitungsmeldungen aus Kopenhagen, dem Befehl des Oberkommandos wegen Abtransport Folge zu leisten. Die Disziplinlosigkeit der Eisernen Division wächst tagtäglich; sie verhaften ihre eigenen Offiziere. Der deutsche Generalkommando hatte bekanntgegeben, daß General Gols mit seinem Stab am 4. September nach Jansicht abgereist sei, trotzdem verbleibt die unbotmäßige Eisernen Division in Mitau.

Der Erste.

Selfferich kommt vor den Staatsgerichtshof.

Staatsminister Dr. Selfferich soll, wie die „Neue Berliner“ meldet, außerhalb des gegen ihn eingeleiteten Strafverfahrens vor den Staatsgerichtshof gestellt werden. Wie verlautet, liegt ausführliches Material über die frühere bedenkliche Tätigkeit Selfferichs in der Reichsregierung vor.

Selfferich als erster. Wann folgen die anderen?

Die U. S. P. D. Nordbayerens zur Einigungsfrage.

T. U. Nürnberg, 11. September.

In der Konferenz der U. S. P. D. Nordbayerens, die in Nürnberg tagte, wurde, wie der Telegraphen-Union mitgeteilt wird, nach längerer Debatte über die Einigungsfrage folgender Antrag angenommen:

Eine Einigung mit der sozialistischen Reichheitspartei kann nur unter Anerkennung der Mitarbeit zur sozialen Revolution stattfinden. Solange gewisse Führer der Reichheitspartei diese Grundzüge nicht verstehen, kann an eine Einigung nicht gedacht werden. Andererseits würde eine Einigung mit von ganz kurzer Dauer sein können, da bestimmte Führer immer wieder versuchen würden, Einstufung auf gewisse Kreise zu suchen und auf diese Weise neuerdings Uneinigkeit in die breiten Volksmassen hineingetragen würde. Nachdem uns die Reichheitspartei den Kampf angesagt haben, würden wir jede Lösung verwerfen, wenn wir ohne weiteres zur Einigung schreiten und nicht gewisse Führer ausschließen.

Der Weg der Reaktion.

Aus Braunschweig wird uns geschrieben:

In Braunschweig war bis Mitte Februar die Regierungsgewalt ausschließlich in den Händen des Arbeiter- und Soldatenrates, der auch allgemein als die rechtmäßige Regierung des Landes anerkannt wurde. Der U. und S. Rat erließ bereits im November ein Wahlgesetz für eine Landesversammlung. Bei den Wahlen im Dezember kamen 17 Rechtssozialisten, 16 Mitglieder des Landeswahlverbandes, 14 Unabhängige Sozialdemokraten und 13 Demokraten in das Parlament. Der U. und S. Rat wollte erst die exekutive Gewalt in den Händen behalten und der Landesversammlung nur die Legislative einräumen; durch ein Kompromiß mit den Rechtssozialisten kam später eine vorläufige Verfassung zustande, deren entscheidende Bestimmungen lauten:

Alle Macht ruht bei dem braunschweigischen Volke. Sie wird ausgeübt von der Landesversammlung, dem Landesarbeiterrat, dem Rat der Volksbeauftragten und den Ortsarbeiterräten.

Neben der Landesversammlung besteht ein Landesarbeiterrat. Dem Landesarbeiterrat liegt ob, die Sozialisierung vorzubereiten. Ihm steht das Recht zu, gegen Beschlüsse und Befehle der Landesversammlung Einspruch zu erheben. Die Beschlüsse und Befehle sind ihm mitzuteilen. Wird Einspruch erhoben, so soll zwischen Landesversammlung und Landesarbeiterrat eine Einigung versucht werden. Kommt eine Einigung nicht zustande, so hat der Rat der Volksbeauftragten unterzüglich eine Volksabstimmung entscheiden zu lassen. Wird binnen zwei Wochen, nachdem die Beschlüsse und Befehle dem Landesarbeiterrat mitgeteilt sind, Einspruch nicht erhoben, erlischt das Einspruchsrecht.

In dem Gesetz über Arbeiterräte vom 27. Februar 1919 heißt es im § 1:

Die Arbeiterräte haben die Durchführung der sozialistischen Revolution zu überwachen und die Sozialisierung vorzubereiten.

In einem Gesetz zur Änderung der Landeshauptstadtordnung ist außerdem dem Landesarbeiterrat das Recht des Vorschlags von Gesetzen eingeräumt worden.

Es wurde Ende Februar ein Rat der Volksbeauftragten gewählt, bestehend aus vier Rechtssozialisten und vier Unabhängigen. Vorsitzender des Rates der Volksbeauftragten war Genosse Sepp Dörker, Präsident der Landesversammlung der Rechtssozialisten Dr. Jasper. Die Rechtssozialisten hatten nur mit großem Widerstreben dem Landesarbeiterrat verfassungsmäßige Rechte eingeräumt. Sie waren auf das Kompromiß nur eingegangen unter dem Druck der Verhältnisse in Braunschweig. Hinter den Unabhängigen und hinter dem Landesarbeiterrat stand die Volksmehr, die sich aus organisierten Arbeitern zusammensetzte, und stand die auf Grund eines Gesetzes bewaffnete Arbeiterkassette, und stand endlich — trotz des Wahlergebnisses vom Dezember — im Februar bereits die übergroße Mehrheit der Arbeiterschaft des Landes. Uns Unabhängigen war das Erreichte in keiner Weise die Verwirklichung des Rätegedankens. Unter dem Druck der Reichsregierung, die schon längst darauf brannte, ihre Truppen in Braunschweig einmarschieren zu lassen, um die „demokratische Ordnung“ herzustellen, mußten wir uns aber damit begnügen.

Unter der Regierung des U. und S. Rates und bis zum Einrücken der Regierungstruppen ist kein Tropfen Blut geflossen, niemals kamen auch nur die geringsten Pländerungen oder Lebensmittelkrawalle vor. Während der ganzen Zeit bis zum April wurden in Braunschweig auch keine Streiks wegen wirtschaftlicher Forderungen geführt. Das wurde dadurch erreicht, daß in den Betrieben Betriebsräte eingeführt wurden aus Arbeitern und Angestellten, die die Entscheidung hatten über alle Lohnfragen, über Entlassung und Anstellung, über die Arbeitszeit usw. Der Rat der Volksbeauftragten arbeitete, trotz seiner Zusammensetzung aus Rechtssozialisten und Unabhängigen, ganz gut und im sozialistischen Sinne. Die Unabhängigen bildeten das männliche Element im Rate, und hinter den Unabhängigen standen wiederum die Massen der Arbeiter, bereit, ihre Errungenschaften zu verteidigen. Da brach im April der Generalfreist um die Einführung der Räterepublik aus. Es muß gesagt werden, daß bei dem Generalfreist allem Anschein nach Propagandareue ihre Hände im Spiel gehabt haben.

Rum ließ Koske seinen Räder marschieren. Der

Gewerkschaftliches.

Die Steinarbeiter für das Räteystem.

In den Vereins- und Kongressen hielt am Dienstag Abend Genosse Koch in einer öffentlichen Versammlung der Berliner Steinarbeiter einen Vortrag über Arbeitsgemeinschaft und Räteystem. Seinen Ausführungen trat der „Vorwärts“-Redakteur Bermuth entgegen, der ja ganz schöne theoretische Entwürfe über den Sozialismus brachte, aber es weit von sich wies, auf die zwischen Arbeit und Lohn der Regierungssozialisten gähnende Kluft einzugehen. In der Diskussion brachte Genosse Holzfelder und ebenso Referent Koch in seinem Schlusswort eine Anzahl geschichtlicher Tatsachen, die die Inkonsequenz in der Handlungsweise der Rechtssozialisten aufdecken. Diese Inkonsequenz, die Bermuth in seiner eigenen Haltung ebenfalls eingestand, die ist es gerade, die den Massen das Vertrauen zur rechtssozialistischen Politik immer mehr raubt. Wenn man die Bermuth'schen Ausführungen über seinen Herzenssozialismus hört, muß man unwillkürlich an den Roderbach'schen Sozialismus und an die vielen Kleinbürgerlich, christlich oder phylloxerisch-sozialistischen Theorien denken, denen das Wesen des Klassenkampfes verschlossen blieb und die das Proletariat ebensoviele gewinnen konnte, wie Bermuth die Versammlung überzeugen konnte. Wegen wenige Stimmen wurde eine Resolution gefaßt, die sich auf den Boden des wirklichen Klassenkampfes stellt, die Arbeitsgemeinschaft vertritt und das reine Räteystem als das geeignete Instrument zur wirtschaftlichen Befreiung ansieht.

Die in Buchdruckereien und Verlagsbuchhandlungen beschäftigten Buchdrucker nahmen in einer kürzlich abgehaltenen Versammlung den Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern gütlich in Empfang und die Forderung der Lohnzulage entgegen. Es wurde bedauert, daß die Buchdrucker gemeinsame Verhandlungen verhindern. Die Versammlung forderte eine Lohnzulage von 20 Mark pro Woche. Die Kündigung des Tarifs mit den Buchdruckereibesitzern soll zum 1. Oktober vorgenommen werden.

Der Streik der städtischen Großbetriebe. Die Beteiligten versammelten sich am Donnerstag, den 11. d. M., früh 9 Uhr, im Köpenicker-Kasino, Polzmarktstr. 72. Dort wird über den Stand der Bewegung Bericht erstattet und weitere Parolen ausgeben. Die Streikleitung.

Groß-Berlin.

Die neue Milizpolizei.

Der Kasernenhof der Westendkaserne bot in den gestrigen Vormittagsstunden ein kriegerisches Gepräge, — die neue „Milizpolizeimannschaft“ hatte Befähigung in ihrem in Kürze anzunehmenden Dienst.

Leichte und schwere Maschinengewehre, Handgranaten, Revolverkarabinen und blinde Minenwerfer waren vertreten, ja selbst drei Panzerwagen fehlten nicht.

Ein großer Stab von Offizieren aller Waffen, darunter einige Generale, hatten sich eingefunden.

Aus dem Schatten der großen, den Hof umsäumenden Bäume und Sträucher leuchtete von weitem schon das Uniformgrün der angeammelten Hundertschaften, Männer, die sich ihrer Menschenwürde bewußt sind, sind wohl kaum dabei, da sie freiwillig ihren Kaden unter ein Drillsystem beugen. — Ein dreimaliges Pfeifensignal! Die Mannschaften eilen an die Karabinerpyramiden, ein Hornist verkündet mit knatterndem Signal den Beginn der Befähigung.

Blötzlich fangen zwei mit Mützen bedeckte Soldaten in nächster Nähe der Offiziere ein lautes Geheul an, beschimpfen sich und schlagen fest aufeinander ein. Der nicht-wissende Zuschauer glaubt, daß die beiß auf den stäubigen Sand brennende Mittagssonne eine verderbliche Wirkung auf das Hirn der beiden auszuüben beginnt; dem ist aber nicht so; vielmehr schreit jetzt ein Posten mit kompletter Waffenrüstung auf die beiden zu und demonstriert seine Amtshandlung. Punkt 1 der Befähigung: „Einschreiten auf der Straße“, wird gezeigt. Punkt 2: Im Sande hockt ein Grünrock mit untergeschlagenen Beinen und ahmt unter devoten Verbeugungen die Tätigkeit eines Bettlers nach, — die Patrouille gelangt auch hier zum Einschreiten. Der nächste, ebenfalls auf der Erde hockend, markiert den Drehorgelspieler; auch er fällt gleich darauf den überbetretenen Arm der neuen Jünger der heiligen Germanen. Da — aus einem Fenster gellende Pflasterer — Feuerlärm —; schon rückt eine circa 50 Mann starke Patrouille an die Brandstätte und sperrt das Haus ab. Jetzt bringen zwei Soldaten einen sich heftig sträubenden Dritten und übergeben ihn einer Patrouille, welche ihn mitnimmt. Blötzlich schlägt der Gefängnispolizist vor den Unterleib, welcher zusammenstürzt und ergreift die Flucht. Der andere Polizist läuft hinterher, ein lautes: „Halt, oder ich schieße!“ — dann ein Krach. Daß die Regie des Affentheaters den Verfolgten getroffen zusammenstürzen läßt, ist selbstverständlich. — Ein erneutes Pfeifensignal — und der erste Akt ist beendet.

Es folgt jetzt der Clou der Befähigung: „Erklärung eines von Besatztruppen besetzten Bahnhofes durch Spartakus!“

Eine weite Postenkette sperrt den Bahnhof ab; in der Umgebung desselben sowie aus den Fenstern rogen drohend die Mäse der Maschinengewehre. Blötzlich lösten sich von der andern Seite zahlreiche Gruppen, die Arme zum Teil untergehoht, die Mäse schief aufgesetzt, ein unflätiges, pöbelhaftes Benehmen markierend, schreiten sie unter Lärm und Verhöhnungen der Posten auf den Bahnhof zu. Die Posten werden aufgeschlängelt, der ominöse erste Schuß fällt, und „nun flücht die raubende Horde“ unter lautem Brüllen: „Roske, Wirtshunde — Roske!“ — auf das Gebäude zu.

Jetzt glaubt man, künstliche Turfel der Hölle seien auf einmal auf die Menschheit losgelassen. Alle Schießinstrumente treten in minutentlange Tätigkeit, das Krachen der Handgranaten und Minenwerfer überdönt das Knattern der Maschinengewehre. Mit gefülltem Bajonett stürzen die Truppen auf die Spartakusse, welche natürlich die Flucht ergreifen, sähe jedoch, wie in Wirklichkeit, gleich darauf zu neuem Angriff schreiten. Wieder lautes Kompostoben! — Da, aus allen Ecken des Hofes Maschinengewehr- und Revolverkarabinenfeuer: „Maz und Morih“ sowie ein dritter schwerer Panzerwagen fahren unter die verduhten Revolutionäre, die, von wildem Entsetzen gepackt, ihr Heil in der Flucht suchen. Zahlreiche Gefangene werden gemacht, und

Unternehmen, der schon 60000 M. für überlebensfähige Modelle zur Verfügung gestellt hat. Wir bitten Sie, den Lieberbringer noch Möglichkeit bei der weiteren Werbung zu unterstützen.

Geldbeträge bitten wir nicht in bar zu zahlen, sondern bis zur Errichtung eines eigenen Bankkontos entweder auf das Konto II des Herrn Rittergutsbesitzer Karl Förster aus Bronkow, Kreis Schmiegel, Bezirk Posen, oder auf das Postsparkonto Nr. 554 der „Hauptstelle für Auffklärung“, Berlin W 9, Köpener Straße 46, beim Postbeamten Berlin NW 7 mittels der übergebenen Zahlkarte zu überweisen.

„Hauptstelle für Auffklärung.“
Der Vorsitzende: J. R.: Georg v. Jibewitz, Arbeitenskapitän a. D. Joseph Bläser, Rektor. Karl Förster, Rittergutsbesitzer. Christoph v. Krogh, Hauptmann a. D. Kurt Ginz, Arbeiter.

Aus diesem Dokument geht nochmals mit aller Deutlichkeit hervor, daß außer der Schwerindustrie auch weite Kreise des sozialistischen Junkertums hinter diesen waffen Machenschaften stehen.

Gefürte Monarchisten.

Die Deutsche Tageszeitung schämt vor Putz, weil die Stargarder Arbeiterschaft die Abhaltung des deutsch-nationalen Jugendtages ablehnt. Sie verleiht ihren Bericht mit der Ueberschrift: „Die Schande von Stargard“. Zur näheren Orientierung sei mitgeteilt, daß die Deutsch-nationalen demonstrativ schwarz-weiß-rote Fahnen und Weisen trugen und daß die ganze Veranstaltung monarchistischem Charakter trug. Der rechtssozialistische Steintiner „Rollbote“ schreibt dazu:

„Weil man sich gerade Stargard zu einer derartigen Kraftprobe aufwachte, ist und unbekannt. Jedenfalls hat die Stargarder Arbeiterschaft dieser edlen Sippschaft bewiesen, daß sie Vieles mit Gleichem zu vergelten gewillt ist. In einer überfüllten Versammlung, die von den sozialdemokratischen Parteien orientiert war, wurde gegen ein derartiges Treiben Stellung genommen und alle zu unternehmenden Schritte festgesetzt. Nachdem der Aufforderung, die schwarz-weiß-rote Flagge heranzuziehen, nicht Folge gegeben war, begann man kurzen Prozeß damit zu machen. Man entfernte aus allen Fenstern und allen Gebäuden das herausfordernde Weiszeichen, und in geschlossenem Zuge ging es zum Marktplatz, wo die sofortige Entlassung des Bürgerturns, namentlich der ländlichen Weisheitsfeier, gefordert wurde. Die Stargarder Arbeiterschaft ist unter allen Umständen entschlossen, diese letzte Forderung durchzusetzen, und tritt in den sofortigen politischen Generalstreik ein, wenn die Regierung nicht in der Lage ist, sich diesen Elementen gegenüber Weisung zu verschaffen. Alle erforderlichen Schritte hierzu sind unternommen. Wenn man den Kampf haben will, dann soll man ihn haben.“

Aus weiteren Aufschriften geht noch hervor, daß der auf Seiten-Borden abgeworfene Schuß aus einer Kinderpistole kam. Sofort zogen daraus einige höhere Schüler ihre Revolver. Daraus wurde klar ersichtlich, wer bewaffnet ist. Die Stargarder Arbeiterschaft hat in der schon geschickten Versammlung beschlossen, mit dem Oberbürgermeister und dem Polizeikommissar wegen Abgabe der Waffen, die sich im Besitz von höheren Schülern befinden, zu verhandeln und gegen die in den Schulen betriebene Judenhege zu protestieren.

Man sieht, Monarchismus und Judenhege immer im trauten Verein. Die Stargarder Arbeiterschaft hat dieser Gesellschaft die richtige Reaktion gegeben. Es wäre zu wünschen, daß sich auch anderwärts die Arbeiterschaft mit gleicher Entschlossenheit allen reaktionären Treibern entgegenstelle, ungeachtet des wütenden Geflusses der Deutschen Tageszeitung.

Die monarchistische Verleumdung der höheren Schulen.

Sie wollen ihren Kaiser haben.

Wie dem „A. L.“ aus Göttingen gemeldet wird, hielten Schüler und Schülerinnen vor dem Stadttheater eine Versammlung ab, um gegen die Entsetzung der Hohenzollernbilder zu protestieren. An den Kultusminister Haenisch wurde ein Telegramm abgesandt und um die Wiederanbringung der Bilder gebeten. Die Schüler und Schülerinnen zogen dann in einer Anzahl von 1000 Köpfen vor die Hohenzollerndenkmäler, wo Hoch ausgedrückt und in einer nachmaligen Versammlung beschlossen wurde, am Freitag in den Streik zu treten, falls bis dahin die Bilder noch nicht wieder angebracht sein sollten.

Der Schülerrat in Steintin ist nicht der erste seiner Art. In den letzten Tagen haben bereits Schülerkreise in Stolp, Greifswald und Gollha stattgefunden. Diese Vorgänge sind natürlich nicht zufälliger Natur. Auch hier steht der „patriotische Oberlehrer“, diese Jammergehälte deutscher Unkultur, hinter der Schülerbewegung. Geküßt wird diese Bewegung selbstverständlich von jenen monarchistischen Kreisen, die auf jede Art Verwirrung und Verbeugung in das Volk hineintragen, um ihre gegenrevolutionären Ziele zu fördern. Es muß verlangt werden, daß dieser neuen Hege mit aller Entschiedenheit entgegengetreten wird. Die Schulen sind nicht dazu da, um Brutstätten des Monarchismus und der Reaktion zu sein.

Genau wie in Deutschland.

Amsterdam, 10. September.

Aus Hammond (Indiana) meldet Reuter vom 9.: Im Verlaufe eines Kampfes zwischen tausend Angehörigen der Standard-Stahl-Gesellschaft und der Polizei wurden fünf Streikende getötet und 15 verletzt.

Eine Kundgebung auf der Schweiz. Der schweizerische Bundesrat hat die Ausweisung des Anarchisten Stillmann, der angeblich ein Komplott gegen die Bahnhofscommandanturen von Basel und Zürich hegte, angeordnet.

Lesen Sie

den Revolutionsroman von L. ANDREJEW

Sschaschka Schegulow in der Illustrierten Wochenschrift der U. S. P. D.

„FREIE WELT“

Preis 20 Pfennig

Bei jedem Zeitungsverkäufer zu haben

„Kommunisten“. Die Gewerkschaftsbewegung ist abhängig von den wirtschaftlichen Voraussetzungen. Künstliche Zusammenschlüsse zu Industrieverbänden müssen deshalb vermieden werden; erst nach ist eine künstliche Betriebsorganisation abzulehnen. Mit der Aufstellung gewisser Ziele unter Umgehung durch Kooptation ist nichts getan. Derartige nur zur Verwirrung anrichten. Die Hauptfrage wäre anzugeben, wie die Umgestaltung vor sich gehen soll. Der Redner schloß mit der Bedeutung der Landarbeit.

Verten (Düsseldorf): Im Industriegebiet haben sich noch mehr Kooptationen, als von Kooptation angeführt, vollzogen. Man muß sich aber fragen, ob die Gewerkschaften, soweit sie noch die alte Richtung haben, nicht zu Stützen der Reaktion und des Kapitalismus werden können. Solange die Opposition freie Hand behält, werden wir gleichwohl keine Kooptationen müssen, sie zu hängen und so den Kampf zu führen. Die Kooptationen müssen der Opposition neuen Anstoß und neue Waffen für ihren Kampf geben.

Kooptation polemisiert in seinem Schlusswort gegen Dittmann und betont die Notwendigkeit eines festen Programms für die Umgestaltung der Gewerkschaften.

Verchiedenes.

Haase teilt mit, daß der Parteitag so bald wie möglich stattfinden solle, nur müsse eine Kooptation mit der Tagung des Metallarbeiterverbandes vermieden werden. Er schlägt dann die Umbenennung des Programms an den Parteitag der französischen sozialistischen Partei vor:

Die Revolutionspartei der U. S. P. D. wünscht in dem Gewerkschaftsrevolutionären Sympathie mit dem französischen Proletariat den Vereinigungen des Parteitag des besten Erfolg und erhofft von ihnen die Steigerung des proletarischen Klassenkampfes in Frankreich im Einklang mit dem revolutionären Kampfe des internationalen Proletariats zur völligen Durchführung des Sozialismus in der ganzen Welt.

Die Versammlung stimmt zu. Dem ungarischen Proletariat, das in unerhörter Weise durch die Reaktion bedrückt wird, spricht die Versammlung ihre Sympathie aus.

Wahrscheinlich wird die Einberufung des Parteitages für spätestens Ende Oktober, Verten-Düsseldorf Anweisung für eine einheitliche Haltung der Gewerkschaften gegenüber den entlassenen Militärs der Kooptationen. Haase lehnt eine Umwälzung ab, weil aber auf Berlin hin, wo man sich einig gemacht sei, jeden Fall einzeln zu beurteilen. Grundfällige Fernhaltung aller, die einmal der Truppe angehört, wäre ganz verfehlt. Subel-Verten regt Richtlinien für die Landarbeitervogation an. Haase teilt mit, daß Vorarbeiten dazu bereits eingeleitet wären. Sop-Wandenburg regt eine Partei-Kameradschaft, den Ausbau des „Sozialisten“ und die Schaffung einer Korrespondenz zur Verbreitung von Propagandamaterial an. Haase gibt Aufschluß über die hier bestehenden Pläne und Möglichkeiten. Notizen berichtet über die von den Bezirken Erfurt, Leipzig und Halle getroffenen Maßnahmen auf dem Gebiete des Bildungswesens.

Haase: Die Konferenz hat sicherlich fruchtbar und anregend gewirkt. Vieles hätte noch gesagt werden können. Hoffentlich wird das in der Presse und in den Versammlungen nachvollzogen werden. Zu bedauern ist in besonderen auch, daß die Parteimitglieder über Kooptation nicht mehr geantwortet werden konnte. Viele sind mit ihm nicht einverstanden. — Wir gehen einer schweren Zeit entgegen. Mit der Brutalität geht Hand in Hand die kleinlichste Geschäftigkeit in der Bekämpfung der Partei. Der Redner verweist auf die Wichtigkeit der Wahl Vogtherr's zum Landrat von Schmalkalden und ihre Begründung. Er schließt mit der Aufforderung, alle Kraft anzuspannen im Kampf des internationalen Sozialismus. (Protokol)

Die Hintermänner der Pogromhege.

Im Anschluß an unsere heutige Notiz über das Treiben der Pogromhege geben wir nachstehend noch ein dem „Deutschen Tageblatt“ veröffentlichtes Dokument wieder:

Berlin, im Juli 1910.

Hauptstelle für Auffklärung
Berlin W 9, Köpener Straße 46.
Postsparkonto: Berlin 55 408.

Sehr Hochwohlgeboren

Wir ergehen uns mit, daß der Lieberbringer dieses Schreibens, Herr Lindner, von uns mit der Werbung für unser höchstes Unternehmern beauftragt ist.

Wir sprechen die Hoffnung aus, daß es ihm gelingen wird, die Herren Rittergutsbesitzer von der Notwendigkeit eines großen Opfer zu überzeugen; so daß sie alle einen Teil ihres Vermögens hergeben, wie der Gründer des

Wahns der Gegenwart in besonderen Unterrichtsstunden. Auf der Mittelstufe statt chronologischer Ereignisse und Herrscherzeiten Darstellung einer anschaulichen typischen Weltgeschichte, unter voller Ausnutzung jeder Art von Quellen und künstlerischen Darstellungen. Dies ist die Betrachtung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse zugrunde zu legen. Nicht vor vollständigem 14. Lebensjahre Einführung in die Methode der materialistischen Weltanschauung (Geschichtlicher Arbeitsunterricht), Veranschaulichung und Vertiefung der Lesart wissenschaftlicher und populärer Darstellungen aus der Geschichte.

Arbeitsliche Funde in Frankreich. Ausgrabungen in der Gegend von Rocheron bei Lugny im französischen Departement Saône et Loire haben bedeutende, prähistorische Funde gut gemacht. Man fand die wohlerhaltenen Reste von Mammut, Füllhäuten und zahlreichen anderen Tieren, die der Aurignacien-Schicht angehören. Bemerkenswert ist, daß keinerlei Spuren von menschlicher Tätigkeit und von Erzeugnissen aus Menschenhand unter den Ausgrabungen festzustellen waren.

Was kostet ein Licht? 80 Pfennige würde nach dem Friedensvertrag der Berliner Elektrizitätswerke der Preis, mit dem ein sogenanntes normales Licht zu bezahlen wäre. Denn nach einer Berechnung, die Licht aus Lampe“ ausstellt, wäre ein kräftiger Lichtstrom in der Größe oder 2 Kilowattstunden gleichzusetzen. Das ist so zu verstehen: In einem Licht arbeiten etwa 1 Million elektrische Glühlampen, aber sie arbeiten nur etwa eine hundertstel Sekunde lang. Wenn man den Leistungsfaktor berücksichtigt, dann kommt man zu jenem Ergebnis von 2 Kilowattstunden.

Ein Zug ohne Schienen. Seitens eines Koblenzener Industriellen wurde kürzlich den Vertretern der dortigen Presse ein Wagenmodell vorgeführt, der aus einem Gasautomobil und einer Anzahl großer Anhängewagen besteht. Die Eigenart dieses Wagens ist eine besondere Stuppelung, die es ermöglicht, daß der Zug ohne irgendwelche Bedienung und Steuerung genau der Bahn des Automobils folgen, so daß der ganze Wagenzug von einem einzelnen Mann vollkommen sicher gesteuert werden kann und keine weitere Begleitung erfordert.

Am Theater L. D. Sniggräber Straße in die Eröffnung von Schillers „Kabale und Liebe“ auf Mittwoch, den 11. September, festgesetzt worden. Die Dekorationen sind nach Entwürfen von Robert Gliese angefertigt. Die Regie führt Rudolf

Am Kellingtheater wird Wolf Daudners Drama „Die Zante“ als erste Neuheit in Szene gehen.

